

NORDKOREA

„Ein hungerndes Kind kennt keine Politik“

Die Schweizerin Käthi Zellweger, 50, koordiniert in Hongkong für die katholische Hilfsorganisation Caritas die Lebensmittellieferungen nach Nordkorea. Sie hat das abgeschottete Land seit 1995 insgesamt 40-mal besucht.



HANNES THALMANN / ST. GALLER TAGBLATT

SPIEGEL: Seit Pjöngjang zugegeben hat, sein Nuklearprogramm heimlich weitergeführt zu haben, liefern die USA kein kostenloses Heizöl mehr. Andere Länder wie Japan haben ihre Lebensmittelhilfe gekürzt. Wie gravierend sind die Folgen für die 22-Millionen-Bevölkerung?

Zellweger: Es besteht die Gefahr, dass Nordkorea wieder auf den Stand der Hungerjahre von 1995 bis 1997 zurückgeworfen wird. Obendrein wird es ohne Energieimporte noch mehr Stromausfälle und Transportengpässe geben, auch für Hilfsgüter. So werden wegen der Kälte noch mehr Menschen erkranken.

SPIEGEL: Auch die Uno verschifft weniger Lebensmittel als früher.

Zellweger: Sie hat schon seit November die Nahrungsmittellieferungen an über drei Millionen Kinder, Schwangere und Kranke einstellen müssen, weil es aus den Geberländern nichts mehr zu verteilen gibt. Jetzt drohen weitere 1,5 Millionen Menschen nicht mehr versorgt zu werden. Die staatlichen Essensrationen reichen kaum noch zum Überleben aus. Bei meinem letzten Besuch im Oktober sah ich, wie alte Menschen abgerentete Felder nach Körnern absuchten.



KÄTHI ZELLWEGER / CARITAS

Unterernährte Kleinkinder

SPIEGEL: Wie betroffen ist die Caritas?

Zellweger: Wir haben ebenfalls große Probleme, Spenden zu bekommen. Wir brauchen dringend Reis für Kinder in Kindertagesstätten und Waisenhäusern. Im Gesundheitswesen ist die Lage dramatisch. Den Hospitälern und Polikliniken fehlt es an Medikamenten und Instrumenten. Sogar Pflaster fehlt.

SPIEGEL: Nordkorea hat die Preise für Lebensmittel freigegeben, gleichzeitig die Löhne erhöht. Hat diese erste marktwirtschaftliche Reform geholfen?

Zellweger: Sie ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber es ist noch zu früh, endgültig darüber zu urteilen. Immerhin haben so die Nordkoreaner zum ersten Mal mehr Entscheidungsfreiheit, wie sie ihren Lohn ausgeben. Das Prinzip von Angebot und Nachfrage gilt, die Eigenverantwortung steigt.

SPIEGEL: Doch ohne die Abkehr von der Planwirtschaft bleibt das Land am Tropf internationaler Zuwendungen hängen.

Zellweger: Ein hungerndes Kind kennt keine Politik. Wir versuchen, Politik und humanitäre Hilfe zu trennen. Das Eingeständnis der Nordkoreaner, ein Nuklearprogramm zu entwickeln, hilft uns natürlich nicht, Spenden aufzutreiben. Aber unschuldige Menschen deswegen zu bestrafen, ist nicht die richtige Antwort.

LITAUEN

EU-Frust in der Provinz

Nur Tage nach seinem überraschenden Sieg bei der Präsidentenwahl erwiesen sich die EU-kritischen Parolen von Rolandas Paksas als Propagandablasen. Der 46-jährige Kunstflieger hatte seinen Kontrahenten, Amtsinhaber Valdas Adamkus, mit 54,9 Prozent der Stimmen ausmanövriert. Paksas gewann mit seinen rechtspopulistischen Slogans vor allem bei der Bevölkerung in der Provinz, die kaum vom Boom der vergangenen Jahre profitiert hat. Doch musste er zugeben, dass Neuverhandlungen mit Brüssel über EU-Agrarsubventionen oder die Abschaltung des umstrittenen Atomkraftwerks Ignalina nicht zur Debatte stünden. Sein Vorstoß, wenigstens einige Minister im

Mitte-links-Kabinetts auszutauschen, scheiterte auch am Einspruch von Regierungschef Algirdas Brazauskas.

„Die EU-kritischen Töne von Paksas waren reine Wahlkampfretorik“, sagt der Direktor des Instituts für internationale Beziehungen in Vilnius, Rai-

mundas Lopata. Dennoch habe die Wahl eine tief greifende Spaltung der litauischen Gesellschaft in Gewinner und Verlierer des Transformationsprozesses offenbart, meint Lopata. Die Regierung sei nun gefordert, diese frustrierten Wähler zurückzugewinnen. Dafür hat sie gerade vier Monate Zeit – im Mai stimmen die Litauer in einem Referendum über den Beitritt ihres Landes zur EU ab.



MINDAUGAS KULBIS / AP

Paksas mit Ehefrau

VENEZUELA

Freunde für Chávez

Wenn sich die Führer Lateinamerikas in Quito zur Amtseinführung von Ecuadors neuem Präsidenten Lucio Gutiérrez treffen, wollen sie auch über Hilfe für Venezuela beraten. Konkret: über einen „Freundeskreis“, der neben der Organisation amerikanischer Staaten agieren soll. Seit Monaten schlittert der fünftgrößte Erdölproduzent der Erde am Rande eines Bürgerkriegs. Die Opposition hat das Land mit Öl-Förderstreiks lahm gelegt und macht gegen

Militär in Caracas

Staatschef Hugo Chávez mobil. Bei Krawallen kam es zu Toten auf beiden Seiten. Brasiliens neuer Staatschef, Luiz Inácio („Lula“) da Silva, dessen Idee der Freundeskreis ist, steht zu dem Vorhaben, Chávez unter die Arme zu grei-



ANDRÉS LEIGHTON / AP

fen – mit Erdöllieferungen der brasilianischen Ölgesellschaft Petrobras. „Lulas“ Vorschlag verärgert nicht nur Venezuelas Opposition; die USA, die sich Chávez' Abgang wünschen, antworteten prompt mit einer eigenen Initiative zur Beendigung der Unruhen.

Das Weiße Haus hatte den Putsch gegen Chávez vor neun Monaten vorschnell begrüßt – es war der damalige brasilianische Präsident Fernando Henrique Cardoso, der den Coup verurteilt hatte und damit für die Isolierung der Putschisten sorgte, die nach nur 48 Stunden aufgeben mussten.